

## Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

als frisch wiedergewählter Landesvorsitzender wünsche ich Euch allen ein besinnliches Weihnachtsfest und einen guten Rutsch ins neue Jahr. Wie jedes Jahr werden unsere Gedanken besonders bei denen sein, die über die Feiertage nicht bei ihrer Familie sein können, sondern Dienst verrichten müssen. Möge die Sicherheitslage besonders über die Feiertage so sein, dass alle wieder heil und gesund nach Hause kommen.

An dieser Stelle will ich kurz einen Blick ins vergehende Jahr zurückwerfen und einen Blick wagen, was im nächsten Jahr auf uns zukommen kann.



Torsten Gronau

Aus meiner Sicht war 2018 ein Jahr der Stagnation für die Landespolizei Schleswig-Holstein. Ende 2017 vorgenommene Personalentscheidungen des Innenministers Grote, den Leiter der Polizeiabteilung im Innenministerium und den damaligen Landespolizeidirektor von den Aufgaben zu entbinden, wirkten 2018 deutlich nach. Die Personalentscheidung, die ich in der Sache ausdrücklich für richtig empfand, verursachte aber eine Art Vakuum an der Polizeispitze. Abwesenheitsvertretungen machten ihre Sache ausgezeichnet, aber gefühlt wurden keine Zukunftsentscheidungen gefällt, sondern Tagesgeschäft erledigt.

Mit der Neubesetzung der Stelle des Leiters der Polizeiabteilung, dem Juristen Dr. Torsten Holleck, wurde im April eine erste Vakanz aufgelöst. Im weiteren Verlauf des Jahres wurden dann die weiteren Vakanzen an der Spitze der Ämter aufgelöst, und Michael Wilksen wurde zum neuen Landespolizeidirektor ernannt, Thomas Bauchowitz zum Leiter des Landeskriminalamtes.

Es bleibt zu hoffen, dass sich der gefühlte Mehltau über der Landespolizeispitze mit der personellen Neuausrichtung auflöst und 2019 ein Jahr der Zukunftsentscheidungen wird.

Wir mussten zur Kenntnis nehmen, dass der Takt zwischen politischen Entscheidungen einerseits und der fachlichen Umsetzung im Ministerium und im LPA andererseits noch nicht harmonisiert war. Beispielsweise sei die Verkürzung der Wochenarbeitszeit für langjährig Schichtdienstleistende zu nennen, wo es bis zum Stichtag unterschiedliche Lesarten gab. Das wiederum führte zu massiven Fragezeichen bei den potenziell Begünstigten. Ähnliches war wahrzunehmen bei den Dienstpostenbewertungen im gehobenen Dienst, die für die allermeisten Menschen

in der Polizei schlichtweg intransparent sind. Wenn die Dienstpostenbewertungskommission in der Fläche als „Geheimbund“ wahrgenommen wird, sagt das nichts Gutes. Auch beim Thema „Prüfungsfreier Aufstieg zu A 11“ gibt es in der Kollegenschaft sehr viele Fragezeichen. Es scheint außer Mode zu sein, komplexe Verfahrensweisen und rechtliche Notwendigkeiten für die breite Masse der Kollegenschaft darzustellen.

All diese Kritikpunkte könnten aber auf einer Agenda für 2019 stehen unter dem Motto „Was wir künftig besser machen wollen“. Kommunikation und Transparenz stehen aus meiner Sicht ganz oben. Jeder Polizeibeamte, jede Polizeibeamtin, die ihren schweren Dienst auf dem Streifenwagen erledigen, hat ein Anrecht darauf, sachgerecht und umfänglich informiert zu werden.

Darüber hinaus hoffen wir, dass die erste Rate der zusätzlichen Neueinstellungen die dringend benötigte „Luft“ auf den Dienststellen bringt. Bis wir von einer „auskömmlichen“ Personalsituation sprechen können, ist es noch ein weiter Weg, und mit den +500 ist es aus unserer Überzeugung nicht getan.

Auch bei der Sachausstattung wird 2019 noch draufzulegen sein. Wir müssen in die Ausbildung und Schulung investieren, um auch in lebensbedrohlichen Einsatzlagen bestehen zu können, die Terrorbedrohung ist ja nicht vom Tisch. Aber auch zusätzliche Einsatzmittel wie Bodycam und Taser müssen in die Beschaffung, um alle Möglichkeiten für einen Schutz der Polizeibeamten und -beamtinnen vor Gewalttaten gegen sie zu nutzen.

Aber manchmal sind es fast schon peinlich banale Dinge, wie ausreichend große Funkstreifenwagen, die benötigt werden.

Darüber hinaus können wir auch 2019 davon ausgehen, dass genau das Unvorhersehbare geschieht.

Niemand hat uns versprochen, dass unser Beruf einfach ist. Aber wenigstens müssen wir erwarten können, dass wir dafür ordentlich bezahlt, vernünftig ausgerüstet werden und die Rückendeckung erhalten, die wir erwarten können.

Die DPoIG wird ihren Teil dazu beitragen.

*Torsten Gronau,  
Landesvorsitzender*

### Impressum:

Redaktion:  
Thomas Nommensen  
Tel. 0171.2745289  
E-Mail:  
thomasnommensen@aol.com

Landesgeschäftsstelle:  
Muhliusstraße 65  
24103 Kiel  
Tel. 0431.2109662  
Fax 0431.38671061

Internet: [www.dpolg-sh.de](http://www.dpolg-sh.de)  
E-Mail: [dpolg-sh@t-online.de](mailto:dpolg-sh@t-online.de)  
DPoIG S-H bei facebook:  
[www.facebook.com/dpolgsh](http://www.facebook.com/dpolgsh)



ISSN 0937-4841

## Landesdelegiertentag der DPoIG Schleswig-Holstein

# „50 Jahre DPoIG – Sicherheit neu denken“

Ausgesprochen erfolgreich und erfreulich verlief der Landesdelegiertentag der DPoIG Schleswig-Holstein am 1. November. Im Kieler Hotel ATLANTIC fanden sich zahlreiche Delegierte aus den Kreisverbänden im Land ein.

beitsschwerpunkte des zukünftigen Landesvorstandes fest.

Nur beispielhaft seien Initiativen zur Steigerung der Attraktivität des Polizeiberufs, der Verbesserung der Besoldungs- und Beförderungsstruktur sowie einer weiteren Verbesserung der personellen und sachlichen Ausstattung in der Landespolizei genannt.

In diesem Zusammenhang wurde unter anderem die Forderung der DPoIG nach der zeitnahen Schaffung einer zweiten Einsatzhundertschaft im Land erneuert.

Bei der am Nachmittag durchgeführten Öffentlichkeitsveranstaltung konnte der neu gewählte Landesvorstand Innenminister Hans-Joachim Grote, Staatssekretär Torsten Geerdts (beide CDU), den DPoIG-Bundvorsitzenden Rainer Wendt, die Beauftragte für die Landespolizei, Samiah El Samadoni, den dbb Landesbundvorsitzenden Kai Teilkamp sowie zahlreiche Kollegen aus der Polizeiführung der Direktionen im Land begrüßen.

Innenminister Grote lobte in seinem Grußwort ausdrücklich die gute und konstruktive Zusammenarbeit mit der DPoIG sowie deren Engagement für die Belange der Polizistinnen und Polizisten im Land.

Rainer Wendt gratulierte der DPoIG Schleswig-Holstein sowie dem neu gewählten Lan-



© DPoIG Schleswig-Holstein (3)

> Der neue Landesvorstand der DPoIG

Bei den zunächst durchgeführten Neuwahlen des Landesvorstandes wurde Torsten Gronau ohne Gegenstimme erneut zum Landesvorsitzenden gewählt. Auch Frank Hesse und Thomas Nommensen wurden mit überwältigender Mehrheit als stellvertretende Landesvorsitzende in ihren Ämtern bestätigt.

Bei den anschließenden Wahlen für die weiteren Mitglieder des Landesvorstandes konnten folgende Kolleg(inn)en gewonnen werden, die sich zukünftig tatkräftig für das Wohl der Mitglieder und Polizeibeamten und -beamtinnen im Land einsetzen werden:

**Landesschatzmeister:** Gerhard Kath (PD Lübeck), Vertreter ist Ingmar Volz (PD AFB)

**Landesfrauenbeauftragte:** Ulrike Beste (PD Itzehoe), Vertreterin ist Jessica Nagel (PD Segeberg)

**Landesjugendleiter und Vorsitzender der JUNGEN POLIZEI in Schleswig-Holstein:** Michael Franke (PD Segeberg), Vertreter ist Jonathan Roß (PD Kiel)

**Landesseniorenbeauftragter:** Ernst Meißner, Vertreter ist Hans-Joachim Einfeldt

**Vertreter für Beschäftigte im Landesvorstand:** Dennis Nehmer (PD Lübeck)

**Rechtsschutzbeauftragter:** Peter Ruch (PD Lübeck), Vertreter ist Hauke Hanßen (PD Itzehoe)

**Landesschriftleiter und Redakteur für den POLIZEISPIEGEL:** Thomas Nommensen (PD Lübeck), Vertreter ist Sven-Erik Haase (PD Itzehoe)

**Als Beisitzer im Landesvorstand** wurden Sebastian Krause (PD Segeberg), Astrid Steffen (PD AFB), Eric Dieckmann (PD Segeberg), Torsten Sievers (PD Segeberg) und Ingo Reyher (PD Segeberg) gewählt.

In guten und zielführenden Diskussionen legten die Delegierten anschließend die Ar-





> Innenminister Hans-Joachim Grote (CDU)

desvorstand und konnte in gewohnt klaren und pointierten Worten zu den Positionen und Forderungen der DPoIG den Delegiertentag bereichern und aufwerten.

Auch Kai Tellkamp ist zu danken, der in seinem Kurzvortrag klar und deutlich in konkreten Punkten, wie etwa der Forderung nach Wiedereinführung des Weihnachtsgeldes, Stellung bezog und den anwesenden Politikern manches ins Stammbuch schrieb.

Die Polizeibeauftragte Samiah El Samadoni äußerte in ihrem ausgesprochen positiven und bei den Delegierten vielbeachteten Grußwort ihre Wertschätzung für die DPoIG, mit deren Landesvorstand sie in den vergangenen zwei Jahren gut und effektiv zusammengearbeitet hat, um gemeinsam Probleme und Belastungen für einzelne Kolleg(inn)en aus dem Weg zu räumen oder zu schmälern. Sie ließ dabei nicht unerwähnt, dass die Vielzahl der Fälle, die der Polizeibeauftragten aus dem polizeiinternen Bereich vorliegen, sowie auch die Intensität dieser besorgniserregend seien. Das nicht zuletzt, weil manche Fälle klar auf ein Führungsproblem in Teilen der Polizei hindeuten.

Schließlich wurde eine Podiumsdiskussion zur Inneren Sicherheit, dem Thema des Delegiertentages, durchgeführt. Für diese konnten die innen- und polizeipolitischen Sprecher der im Landtag vertretenen Parteien, Tim Brockmann (CDU), Kathrin Wagner-Bockey (SPD), Burkhard Peters (Bündnis 90/Die Grünen), Jörg Hansen (FDP), Lars Harms (SSW) und Claus Schaffer (AfD) gewonnen werden, welche gemeinsam mit dem neu gewählten Landesvorsitzenden Torsten Gronau auf dem Podium diskutierten.

Moderiert wurde die lebhaft und erfreulich konstruktive Diskussion in gewohnt souveräner und kurzweiliger Form von Marta Banasch, Nachrichtenredakteurin und -moderatorin von NDR 1 „Welle Nord“.

Erfreut und mit Wohlwollen nahm die DPoIG zudem zur Kenntnis, dass Innenstaatssekretär Torsten Geerds bei einem intensiv diskutierten Thema auf dem Podium, der Forderung der DPoIG nach Einführung des Distanz-Elektroimpulsgeräts (umgangssprachlich „Taser“) für den polizeilichen Einzeldienst, sich klar und unmissverständlich äußerte.

Der Staatssekretär gab zur Kenntnis, dass sich das Innenministerium im Zuge einer noch abzuschließenden Schwachstellenanalyse für die Einführung des Taser einsetzen werde. Geerds weiter wörtlich: „Die Landespolizei braucht den Taser.“

Auch die anwesenden Landtagsabgeordneten aller Parteien des Parlaments sprachen sich zuvor deutlich mehrheitlich für ein entsprechendes Pilotprojekt aus. Nach Auffassung der DPoIG ist das ein erster und wichtiger Schritt, um die vorhandene Zwangsmittellücke endlich zu schlie-

ßen und zukünftig den Einsatz der Schusswaffe durch Polizeibeamte in manchen Fällen vermeiden zu können.

Trotz dieser durchaus positiven Aussagen vonseiten der politischen Hausspitze des Innenministeriums beim Delegiertentag musste die DPoIG wenige Tage später mit Erstaunen und Unverständnis zur Kenntnis nehmen, dass sich Innenminister Grote zum Thema Taser dahingehend öffentlich äußerte, das Ministerium werde sich doch (nur) für ein Pilotprojekt für Spezialkräfte, also SEK und MEK, einsetzen. Grote begibt sich damit bedauerlicherweise in eine „Koalition“ mit Bündnis 90/Die Grünen im Landtag, welche den Taser offenbar komplett für die Landespolizei verhindern wollen, sowie der Gewerkschaft der Polizei (GdP), die einen Pilotversuch nur für Spezialeinheiten wollen. Nach Bewertung der DPoIG muss

demgegenüber der polizeiliche Einzeldienst mit dem Taser ausgerüstet werden. Ein Pilotversuch bei Spezialeinheiten wird weder belastbare Ergebnisse bringen noch macht er dort aus einsatztaktischer Sicht Sinn. Die Polizeibeamten, welche ihren gefährlichen Dienst bei Tag und Nacht auf der Straße leisten, sind diejenigen, die jederzeit in Situationen kommen können, bei denen der Taser aggressive und bewaffnete Angreifer stoppen und hierdurch zugleich auf den Einsatz der Schusswaffe verzichtet werden kann.

Die DPoIG wird am Ball bleiben und nicht lockerlassen – sowohl beim Thema Taser wie auch bei allen anderen Belangen und Bedürfnissen der Kolleg(inn)en der Landespolizei.

*Thomas Nommensen,  
stellvertretender  
Landesvorsitzender*

#### > Großzügige Spenden für die DPoIG-Stiftung

Anlässlich des Delegiertentages der DPoIG Schleswig-Holstein hatten Kooperationspartner die Gelegenheit, sich zu präsentieren.

An den aufgebauten Ständen konnten die Delegierten über die Angebote von DBV, Debeka, Beamtenvorsorgewerk und BBBank informieren.

Die DPoIG Schleswig-Holstein verzichtete auf die sonst übliche Gebühr und bat die Aussteller um eine Spende zugunsten der Stiftung der Deutschen Polizeigewerkschaft.

Die BBBank überreichte noch während der Veranstaltung einen symbolischen Scheck über 1000

Euro. Dieser wurde von dem DPoIG-Bundesvorsitzenden Rainer Wendt, dem Landesvorsitzenden Torsten Gronau und in Vertretung für den Landesbeauftragten der Stiftung von Sven-Erik Haase entgegengenommen. Auch die anderen Kooperationspartner zeigten sich großzügig bei Spenden für die Stiftung. Die DPoIG sagt Danke!



© DPoIG Schleswig-Holstein

## Bundesjugendkonferenz der JUNGEN POLIZEI in Berlin

Vom 8. bis 11. November trafen sich die Vertreter der JUNGEN POLIZEI aus den 16 Ländern und von der Bundespolizei an der Spree, um Neuigkeiten und Erfahrungen auszutauschen.

Für den „Echten Norden“ nahm der frisch im Amt bestätigte Michael Franke als Vorsitzender der JUNGEN POLIZEI Schleswig-Holstein teil, nachdem er das Ehrenamt des Landesjugendleiters zum Jahresbeginn von

Markus Müller vorerst kommissarisch übernahm. Begleitet wurde Michael Franke vom neuen stellvertretenden Landesjugendleiter aus Schleswig-Holstein, dem Kieler Jonathan Roß.



> Jonathan Roß, DPoIG-Bundesvorsitzender Rainer Wendt und Michael Franke (von links)

Nach einer Begrüßung durch den Landesvorsitzenden der Berliner DPoIG, Bodo Pfalzgraf, wurde über die Entwicklung in den einzelnen Ländern und besonders über zukünftige Ziele geredet, damit die Polizei auch



> Der neue Bundesvorstand der JUNGEN POLIZEI zusammen mit Michael Franke und Jonathan Roß

in Zukunft als attraktiver Arbeitgeber von gut ausgebildeten jungen Menschen wahrgenommen wird.

Immer wieder ging es in den Gesprächen um die Ruhegehaltstfähigkeit der Polizeizulage, aber auch die Wiedereinführung des Weihnachtsgeldes, welche die DPoIG in Schleswig-Holstein seit längerer Zeit immer wieder von der Politik fordert, war ein viel diskutiertes Thema. In Zeiten von anhaltenden Haushaltsüberschüssen ist es einfach ein Zeichen der Wertschätzung denen gegenüber, die tagtäglich für die Werte unseres Rechtsstaates einstehen, und insbesondere denen gegenüber, die in Zeiten der Finanzkrise in den sauren Apfel der Streichung des Weihnachtsgeldes beißen mussten. Und

ganz nebenbei bemerkt ist die Zahlung von Weihnachtsgeld eben genau ein solcher Punkt, der einen Arbeitgeber zu einem attraktiven Arbeitgeber macht.

Der Besuch von Rainer Wendt rundete die Bundesjugendkonferenz am letzten Veranstaltungstag ab, bevor sich die Teilnehmer wieder auf den Weg in ihre Bundesländer machten.

Michael und Jonathan nehmen viele interessante Gespräche, Meinungen und vor allem viele neue Kontakte aus Berlin mit nach Schleswig-Holstein, um hier in Zukunft, gemeinsam mit anderen Landesverbänden, weiter für die Interessen der Kolleg(inn)en einzutreten.

*Michael Franke*

### > Großkontrolle des Schwerlastverkehrs in Travemünde – DPoIG mit Einsatzkräftebetreuung vor Ort



Alle Hände voll zu tun hatten die Kontrollkräfte der Schwerlasttruppe aus Schleswig-Holstein bei einer Großkontrolle des ein- und ausreisenden Güterverkehrs am 7. November auf dem Travemünder Skandinavien-Kai. Ebenso wurden

vom Zoll, des BAG, der Bundespolizei und der Ausländerbehörde Lübeck ergänzende Überprüfungen durchgeführt. Auch aus Hamburg waren spezialisierte Polizeibeamte des Schwerlastbereiches eingesetzt, sodass insgesamt 145 Kontrollkräfte ihre Arbeit verrichteten.

Ein Betreuungsteam der DPoIG war vor Ort und sorgte mit Obst und Süßigkeiten für ein wenig „Nervennahrung“ für die Einsatzkräfte. Die Stärkungen wurden dankbar angenommen und fanden reißenden Absatz. Auch die Give-aways der DPoIG wurden gerne angenommen.

Anders verhielt es sich leider bei den festgestellten Verstößen der kontrollierten Fahrzeuge. Bei den 146 kontrollierten Lastkraftwagen wurden diverse Verstöße gegen das Fahrpersonalrecht, die Ladungssicherung, Überladungen, Überbreiten und -höhen, Geschwindigkeits-

überschreitungen, Gefahrgutrecht, Abfallrecht und auch technische Mängel an den Fahrzeugen geahndet. Daneben wurden auch noch Vollstreckungshandlungen durchgeführt und Sicherheitsleistungen erhoben.

Im Rahmen der gleichzeitigen ADM-Kontrolle wurde auch ein Fahren unter THC-Einfluss festgestellt, mit entsprechender Blutprobenentnahme und Anzeige. Welche Brisanz hinter derartigen Feststellungen liegt, braucht dem Fachmann nicht erläutert zu werden, doch Bilder von katastrophalen Verkehrsunfällen mit Lastkraftwagen und die überaus tragischen Auswirkungen sind allen geläufig.

Insgesamt wurden 84 Beanstandungen festgestellt. Damit wird leider der negative Trend fortgeschrieben, der bereits bei anderen Schwerlastkontrollen im Land gewonnen werden konnte. Offensichtlich durch den fehlenden Kontrolldruck der vergangenen Jahre werden Verstöße bei den Fahrern, Fahrzeugen und Spediteuren billigend in Kauf genommen, um mehr Profit herauszuholen oder konkurrenzfähig zu bleiben.

Abschließend bleibt festzustellen, dass nur durch verstärkte Kontrollmaßnahmen der Rahmen für die Verkehrssicherheit festgelegt werden kann. Dazu bedarf es aber weiterer Personal- und Sachressourcen.

*Gerd Kath*